

Taiwan nach Taifun Morakot: Religiöse Solidarität, aber auch Kontroversen

Die Verwüstungen, die der Taifun Morakot am 8. und 9. August d.J. in den Bergregionen Südtaiwans verursachte, haben in Taiwan eine Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Schlammlawinen hatten mehrere Dörfer verschüttet. 619 bestätigte Todesfälle (491 davon im Kreis Gaoxiong) und fast 25.000 Evakuierte meldete das Innenministerium am 8. September 2009. In den am schwersten betroffenen Regionen leben vor allem Angehörige verschiedener Ureinwohnerstämme, die Mehrheit von ihnen sind Christen.

In allen Religionsgemeinschaften wurde für die Opfer der Katastrophe gebetet. Am 30. August hielten buddhistische, protestantische, katholische und daoistische Religionsführer Taiwans in Gaoxiong eine gemeinsame Gebetsversammlung für die Flutopfer ab.

Katastrophenhilfe der Religionsgemeinschaften

Einheimische und internationale religiöse Hilfsorganisationen beteiligten sich intensiv an der Hilfe für die Opfer. Die in Taiwan sehr bekannte und auch international tätige buddhistische Hilfsorganisation Tzu-Chi [Ciji] Foundation mobilisierte nach eigenen Angaben viele Zehntausende von Freiwilligen (über 80.000 allein am 16. August), um bei den Aufräumarbeiten zu helfen und die Opfer zu trösten. Bis zum 24. August hatte sie Bargeldhilfen von insgesamt 150 Mio. NT\$ (rund 3 Mio. Euro) an 24.000 Haushalte verteilt. Das einflussreiche buddhistische Kloster Foguangshan stellte seine Zweigtempel als Notunterkünfte zur Verfügung, Mönche und Nonnen spendeten geistigen Beistand.

Nach Angaben der Presbyterianischen Kirche Taiwans (PCT) waren bis zum 24. August über 50% der Obdachlosen im Kreis Gaoxiong in Notunterkünften christlicher Kirchen untergebracht – darunter die PCT, die die meisten Unterkünfte stellte, die Adventisten, die Wahre-Jesus-Kirche und die katholische Kirche. Die PCT koordinierte u.a. medizinische Teams und verteilte neben Hilfspaketen zusammen mit der Bible Society in Taiwan auch 500 Bibeln in der Bunun-Sprache. Die Regierung neigte dazu, Wiederaufbauprojekte eher der buddhistischen Tzu-Chi Foundation zu übertragen, doch werde die PCT sich ebenfalls um solche Projekte bemühen, da es ihre Pflicht sei, den Brüdern und Schwestern in Christus zu helfen, sagte Leonard Lin, Moderator der Generalversammlung der PCT. Zur PCT gehören nach eigenen Angaben rund 500 Ureinwohnerkirchen in Taiwan. – Die Baptist World Aid unterstützte die Hilfsmaßnahmen der Baptisten in Taiwan; 15 baptistische Kirchen liegen im Katastrophengebiet.

Die Taiwan Catholic Mission Foundation, Caritas Taiwan und lokale katholische Gruppen verteilten ebenfalls Hilfsgüter und sammelten Spenden. Dabei arbeiteten sie mit den betroffenen Diözesen zusammen, die Hilfszentren eingerichtet hatten. Caritas internationalis, verschiedene nationale und übernationale Caritasverbände sowie Jinde Charities (VR China) boten Solidarität und finanzielle Hilfe an.

Die Diözese Gaoxiong hielt eine Gebetsnovene und mobilisierte Freiwillige, um die Häuser vom Schlamm zu befreien und den traumatisierten Opfern seelisch beizustehen. Weihbischof John Baptist Zeng Jianci von Hualian, der dem Stamm der Puyuma angehört, besuchte das stark betroffene Dorf Jialan. Die in dem Dorf lebenden Paiwan sind zu zwei Dritteln Katholiken. Die Kirche von Jialan war erst 2005 von einem Taifun zerstört worden. Nach diesem erneuten Schicksalsschlag hätten sich einige Katholiken wieder ihren alten Gottheiten zugewendet, sagte der zuständige Pfarrer John Hong zu UCAN.

Papst Benedikt XVI. gedachte am 12. August in Castel Gandolfo öffentlich der Taifun- und Erdbebenopfer in den Philippinen, in Taiwan, im Südosten der VR China und in Japan. Am 6. September besuchte Kardinal Paul Josef Cordes als Gesandter des Heiligen Stuhls die Katastrophengebiete in Taiwan, überbrachte die Anteilnahme des Papstes und hielt mehrere Messen für die Opfer. Cordes ist Präsident des Päpstlichen Rates Cor Unum, der für humanitäre Hilfsaktionen des Heiligen Stuhls zuständig ist. Cor Unum veranstaltete vom 7.–11. September in Taipei Exerzitien für Leiter kirchlicher karitativer Organisationen in Asien.

Besuch des Dalai Lama in Taiwan

Einige Kontroversen löste der Besuch des Dalai Lama in Taiwan vom 30. August bis zum 4. September aus. Die Bürgermeister aus sieben von der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) regierten Städten und Kreisen in Südtaiwan hatten ihn eingeladen, um den Flutopfern Trost zu bringen. Beijing konzentrierte seinen „entschlossenen Protest“ auf die oppositionelle DPP, die die Unabhängigkeit Taiwans in ihrem Programm hat, und vermied es, Taiwans Präsident Ma Yingjiu (Guomindang) zu kritisieren, der eine Politik der Annäherung an die VR China betreibt. Ma, der letztes Jahr einem Besuch des Dalai Lama die Zustimmung verweigert hatte, stimmte diesmal unter dem Druck der öffentlichen Meinung zu, vermied aber ein Treffen mit ihm. – Der Dalai Lama hat bereits 1997 und 2001 das damals DPP-regierte Taiwan besucht.

Auch in den religiösen Kreisen Taiwans stieß sein Besuch nicht nur auf Zustimmung. Jetzt sei nicht der richtige

Zeitpunkt für einen Besuch des Dalai Lama, alle Ressourcen sollten lieber in Hilfsmaßnahmen gesteckt werden, sagte Meister Jingliang, der Vorsitzende der Buddhistischen Vereinigung der Republik China (Taiwan), laut einer Meldung der *Taipei Times*. Ein Vertreter des Zhenlan-Tempels in Dajia, in dem die Seefahrergöttin Mazu verehrt wird, kritisierte die Einladung als politisch motiviert. Sie unterminiere die Glaubwürdigkeit der einheimischen religiösen Gruppen, die sich für die Opfer einsetzten. Anhänger der buddhistischen Splittergruppe True Enlightenment Education Foundation, die die tantrischen Praktiken des tibetischen Buddhismus verurteilt, protestierten am 1. September vor der Gaoxiong-Arena gegen den Besuch des Dalai Lama; er sei ein „unreiner“ und „häretischer“ Mönch, dessen Gebete keine Wirkung hätten. In Taiwan gibt es aber auch eine zunehmende Zahl von Anhängern verschiedener Schulen des tibetischen Buddhismus.

Bei den Christen in Taiwan stellte die *Taipei Times* mehr Willkommen für den Dalai Lama fest. „Wir glauben, dass der Dalai Lama als religiöser Führer und internationale Persönlichkeit eine Quelle des Trostes für unser leidendes Volk sein wird“, äußerte Kho Sing-Doh, beigeordneter Generalsekretär der PCT, gegenüber *Ecumenical News International (ENI)*. Ein Vertreter der katholischen Bischofskonferenz Taiwans sagte zu *ENI*, die Bischöfe respektierten den Besuch des Dalai Lama, da Religionsfreiheit ein grundlegendes Menschenrecht sei.

Der Dalai Lama besuchte das Dorf Xiaolin, wo über 400 Menschen starben, und hielt am 1. September in der Gaoxiong-Arena ein Segensritual für die Opfer der Naturkatastrophe, an dem über 17.000 Buddhisten teilnahmen.

Kardinal Paul Shan SJ, der emeritierte Bischof von Gaoxiong, war der einzige religiöse Führer, den der Dalai Lama in Taiwan traf. Über 1.000 buddhistische und christliche Zuhörer kamen zu dem öffentlichen Gespräch der beiden, das am 2. September in Gaoxiong stattfand. Sie riefen zu mehr Ethik in der Erziehung auf und sprachen über die Macht der Liebe und die Notwendigkeit des gegenseitigen Respekts im interreligiösen Dialog. Am Ende der zweistündigen Veranstaltung leiteten beide im Wechsel ein Gebet für die Taifunopfer und den Weltfrieden.

Buddhisten laden Ye Xiaowen nach Taiwan ein

Ye Xiaowen, der Direktor des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten in Beijing, kam am 28. August (also unmittelbar vor dem Dalai Lama) zu einem dreitägigen Besuch nach Taiwan, um – wie die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* meldete – an einem buddhistischen Gebetsritual für die Taifunopfer teilzunehmen. Das taiwanische Kloster Zhongtaishan hatte ihn eingeladen. Die Einladung des Dalai Lama sei politisch motiviert, dieser sei nicht von den Buddhisten Taiwans eingeladen worden, erklärte Ye Xiaowen. Er zeigte sich jedoch tief beeindruckt von der „ausgezeichneten Arbeit aller religiösen Organisationen“ und der

Zusammenarbeit von Buddhisten, Daoisten und Christen in Taiwan bei der Hilfe für die Katastrophenopfer.

Katharina Wenzel-Teuber

Quellen (alle 2009): *Asianews* 31.08.; *Central News Agency website* 29.08.; 1.09.; *China Post* 31.08.; 3.09.; *The Economist* 3.09.; *Ecumenical News International* 17.,31.08.; *South China Morning Post* 1.,4.09.; *Taiwan Aktuell* 15.08.; *Taiwan Church News* (online) 2996 (27.07.–2.08.); 3000 (24.–30.08.); *Taiwan News* 30.08.; 1.09.; *Taipei Times website* 30.08.; *UCAN* 12.,13.,21.,31.08.; 3.,7.09.; *Xinhua* 27.,28.08.; <http://buddhist-channel.tv/index.php?id=48,8445,0,0,1,0>; www.bwanet.org/default.aspx?pid=1162; www.catholic.org.tw/caritas/english/88action1.htm; www.etaiwannews.com/etn/news_content.php?id=1046939&lang=tc_news&cate_img=257.jpg&cate_rss=news_PD; www.nfa.gov.tw/upload/content/2009/20090909/20099983211954.doc; www.reliefweb.int/rw/doc.nsf/doc100?OpenForm (Berichte über die Hilfsmaßnahmen verschiedener religiöser Gruppen).

Wie bei Redaktionsschluss dieser Nummer bekannt wurde, fand Mitte September ein Wechsel in der Leitung des Staatlichen Büros (Administration) für religiöse Angelegenheiten (SARA) statt. Ye Xiaowen, Direktor des Büros seit 1995, wurde zum Parteisekretär und Vizepräsidenten der Zentralen Sozialistischen Akademie ernannt. Sein Nachfolger wird der bisherige stellvertretende Direktor von SARA, Wang Zu'aoan (*UCAN* 17.09.2009 u.a.).

Unruhen in Urumqi

Bei gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Uiguren und Han-Chinesen am 5. Juli 2009 in Urumqi kamen nach offiziellen chinesischen Angaben vom 5. August 197 Menschen ums Leben. Davon seien 156 „unschuldige Zivilisten“ gewesen, und zwar 134 Han-Chinesen, 11 Hui, 10 Uiguren und ein Mandschu. Rund 1.700 Menschen wurden nach offiziellen Angaben verletzt. Exilugurischen Organisationen zufolge war die Zahl der Opfer weit höher. Nach Darstellung des World Uighur Congress wurden im Juni und Juli bei der Niederschlagung friedlicher Proteste in verschiedenen Städten Xinjiangs etwa 1.000 Uiguren getötet.

Am 5. Juli war der Gewalt in Urumqi eine zunächst friedliche Demonstration von 1.000 bis 3.000 Uiguren vorausgegangen. Sie forderten Untersuchungen zum Tod zweier Uiguren, die bei einem gewaltsamen Konflikt zwischen uigurischen und Han-chinesischen Arbeitern in einer Spielzeugfabrik im südchinesischen Shaoguang (Provinz Guangdong) ums Leben gekommen waren. Wohl nach Zusammenstößen mit der Polizei eskalierte die Demonstration in gewaltsame Angriffe auf Han-Chinesen.

Zwei Tage später, am 7. Juli, schlossen sich Gruppen von Han-Chinesen zusammen, um an Uiguren Rache zu üben. Auch am nächsten Tag soll es noch einige Übergriffe von Han auf Uiguren gegeben haben.

Die Behörden beschuldigten den World Uighur Congress, die Unruhen vom Ausland aus geplant zu haben, was dessen Vorsitzende, die in den USA lebende Exilugurin Rebiya Kadeer, zurückwies. *Peoples Daily online* „enthüllte“ sie als „uigurischen Dalai Lama“; sie habe ebenso viele, wenn nicht mehr Ressentiments geschürt wie jener. Ein Statement, das am 9. Juli nach einem Treffen des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KP Chinas zur Situation in Xinjiang veröffentlicht wurde, identifizierte als Drahtzieher der Unruhen die „drei Kräfte“ (*san gu shili*) des Terrorismus, Separatismus und Extremismus im In- und Ausland.

Das Internet spielte offenbar eine Schlüsselrolle beim Ausbruch der Unruhen. Nachrichten über den Vorfall im südchinesischen Shaoguang verbreiteten sich schnell bis ins weit entfernte Xinjiang, auch Aufrufe zu Protesten in Urumqi wurden auf uigurischen Seiten gepostet. Nach dem Ausbruch der Unruhen blockierte die Regierung kurzfristig Twitter und Facebook und schaltete in manchen Orten das Internet ganz ab.

Tausende von Studierenden wurden nach Berichten der *South China Morning Post* um den 8. Juli am Lehrerinstitut Kashgar im Südwesten Xinjiangs unter Hausarrest gehalten. Der Zeitung zufolge sollen viele der Demonstranten des 5. Juli aus Kashgar gekommen sein, da die meisten uigurischen Wanderarbeiter in Guangdong aus dieser Gegend stammen; die Studierenden sollen dabei eine führende Rolle gespielt haben. Rebiya Kadeer sprach am 8. Juli von 100 getöteten Uiguren in Kashgar, was die chinesische Seite dementierte.

Erneut protestierten am 3. September Tausende, nach manchen Berichten Zehntausende von Han-Chinesen in Urumqi, nachdem sich Gerüchte verbreitet hatten, dass Uiguren Han-Passanten mit HIV-infizierten Injektionsnadeln angreifen würden. Die staatliche Nachrichtenagentur *Xinhua* hatte berichtet, dass Hunderte von Menschen mit Spritzen gestochen worden seien (die sich, so spätere Berichte, allerdings als harmlos erwiesen hätten). Bei diesen Protesten kamen nach offiziellen Angaben fünf Menschen ums Leben. Danach wurden der Parteisekretär von Urumqi und der Sicherheitschef von Xinjiang ihrer Ämter enthoben. Nach Angaben westlicher Medien forderten Demonstranten auch den Rücktritt des Parteisekretärs von Xinjiang, Wang Lequan, der als Hardliner in der Politik gegenüber den Uiguren gilt.

„Angesichts der Empörung, die die jüngsten Ereignisse bei der chinesischen Bevölkerung (nicht nur in Xinjiang) ausgelöst haben, steht die Regierung vor einem Dilemma: Einerseits wird von ihr gefordert, den Uiguren gegenüber ‚hart durchzugreifen‘; andererseits riskiert sie mit einem solchen Vorgehen, noch mehr Wut und Verbitterung unter den Minderheiten zu verursachen“, schrieb die Sinologin Gudrun Wacker. Aus der Sicht vieler Chinesen seien die Protestaktionen von Minderheiten Ausdruck von Undankbarkeit; von dieser Seite werde u.a. geltend gemacht, dass die ethnischen Minderheiten Vorzugsbehandlungen, wie

die Ausnahme von der Ein-Kind-Politik, erhielten und die Zentralregierung massive Investitionsströme in die Minderheitengebiete lenke.

Über einen Ausbruch von „ethnischem Hass“ in den festländischen Webforen berichteten die *South China Morning Post* und andere Medien nach den blutigen Zusammenstößen in Xinjiang. In Urumqi wurden nach den Unruhen im Juli 1.500 Beamte von Haus zu Haus geschickt, um Konflikte zu lösen und die Regierungspolitik zu erklären; nach den „Spritzenattacken“ im September waren es sogar 7.000 „*harmony makers*“. Am 16. Juli beschlossen das Erziehungsministerium und die Kommission für ethnische Angelegenheiten in Beijing, dass künftig in allen Grund- und Mittelschulen Chinas „Erziehung zur ethnischen Einheit“ in den Lehrplan aufgenommen werden und mindestens 15% der Noten im Fach Politik ausmachen solle.

Im Zusammenhang mit den Unruhen vom 5. Juli stellten die Behörden nach offiziellen Angaben bis zum 3. September 196 Haftbefehle aus, 239 weitere seien von der Polizei beantragt worden und weitere 825 Personen seien in Haft. Der World Uighur Congress hingegen sprach am 20. Juli von 10.000 Uiguren, die ohne Prozess inhaftiert seien. Doch trotz massiver Präsenz von Militär und Sicherheitskräften war auch zwei Monate nach den Juli-Unruhen die Ruhe in Xinjiang nur brüchig, wie Korrespondenten berichteten und die neuerlichen Proteste Anfang September zeigten.

Auswirkungen auf die Religionen

Imam Chen Guangyuan, der Vorsitzende der Chinesischen Islamischen Vereinigung, verurteilte die Unruhen in einem Interview mit *Xinhua* am 7. Juli. Aus der Sicht des Islam sei das Töten Unschuldiger ein unverzeihliches Verbrechen. Er wiederholte die offizielle Sicht der Regierung, dass es sich um ein von separatistischen Kräften aus dem Ausland angezetteltes Verbrechen handle, und rief die Bevölkerung Xinjiangs zur Ruhe auf.

Offizielle Vertreter der anderen Religionen in China schlossen sich am 9. Juli auf einem von der Einheitsfrontabteilung der KP veranstalteten Symposium diesem Urteil an. Es handle sich weder um ein ethnisches noch um ein religiöses Problem, sondern um vom Ausland geplante kriminelle Gewalt. Außer Chen Guangyuan nahmen u.a. die Vorsitzenden der Chinesischen Buddhistischen Vereinigung und des Chinesischen Christenrats an dem Treffen teil.

Nuer Bekri, der Vorsitzende der Regierung von Xinjiang, betonte gegenüber ausländischen Journalisten am 18. Juli, dass der Islam eine friedliebende Religion sei. „Diesmal hat sich niemand aus den religiösen Kreisen am Schlagen, Zerstören, Plündern und Brandschatzen beteiligt“, sagte er. Dies zeige, dass die Religionspolitik von den religiösen Kreisen akzeptiert werde und im Interesse der Gläubigen sei.

In Urumqi blieben an dem ersten auf die Unruhen folgenden Freitag „Moscheen in sensitiven Gebieten auf Vor-

schlag der Imame geschlossen“, erklärte ein Vertreter der Provinzregierung. In anderen Orten Xinjiangs seien die Freitagsgebete normal gehalten worden. Am 13. Juli sollen in Urumqi drei uigurische Männer während des Gebets in einer Moschee versucht haben, dem Imam das Mikrofon zu entreißen, „Heiliger Krieg“ gerufen und die Gläubigen mit Messern bedroht haben; zwei seien von einer Polizeipatrouille erschossen worden – berichtete *Xinhua*. Am zweiten Freitag nach den Unruhen, dem 16. Juli, seien alle 433 Moscheen in Urumqi wieder zum Gebet geöffnet gewesen. Allerdings hätten Imame den Gläubigen dennoch geraten, zu Hause zu beten. An den Moscheeingängen wurden verstärkte Sicherheitskontrollen durchgeführt, meldete *Xinhua*. Moscheen der chinesischen Hui-Muslime blieben jedoch der *South China Morning Post* zufolge geschlossen.

Während des diesjährigen Fastenmonats Ramadan, der am 22. August begann, seien in Xinjiang islamische Geistliche gezwungen worden zu predigen, dass Fasten eine „feudale“ und gesundheitsschädliche Aktivität sei, meldete die *Epoch Times* am 6. September unter Berufung auf Dilxat Raxit, Sprecher des World Uighur Congress. Erstmals hätten nicht nur aktive, sondern auch pensionierte uigurische Parteikader unterschreiben müssen, dass sie auf Fasten und andere religiöse Aktivitäten verzichten. Muslimische Restaurantbesitzer müssten unterschreiben, dass sie durchgehend geöffnet haben und während des Ramadan Alkohol ausschenken, wenn sie ihre Lizenz nicht verlieren wollen. Über ähnliche Restriktionen in Xinjiang bezüglich des Ramadan war schon in den letzten Jahren berichtet worden (vgl. *China heute* 2008, Nr. 4-5, S. 131f.).

„Millionen Muslime in ganz China begrüßen den heiligen Monat Ramadan ..., eine Zeit des Fastens und der spirituellen Reflexion“, meldete hingegen *Xinhua* am 22. August. In dem Agenturbericht äußert eine usbekische Muslimin aus Urumqi, der Ramadan habe dieses Jahr nach den blutigen Ausschreitungen eine besondere Bedeutung für die Stadt; sie hoffe, dass die Menschen durch den Ramadan zur Einsicht kämen, freundlicher und ruhiger würden und dass die Angehörigen aller Ethnien des Landes für immer geeint seien.

In der ostchinesischen Metropole Nanjing protestierten am 7. September 300 Muslime vor dem Sitz der Stadtregierung fünf Stunden lang gegen die Diskriminierung ethnischer Minderheiten. Die auch von Behördenvertretern bestätigte Demonstration verlief friedlich. Nach Angaben des Information Centre for Human Rights and Democracy in Hongkong hatte seit den „Spritzenattacken“ in Xinjiang die Diskriminierung von Muslimen in Jiangsu und Zhejiang stark zugenommen; so weigerten sich Taxifahrer, muslimische Kunden zu fahren, und Leute hätten im Ramadan demonstrativ vor Muslimen und vor Moscheen gegessen.

Die Katholiken beten für Frieden und für die Opfer, sagte ein katholischer Christ in Urumqi. Die 5.000 Katholiken in Xinjiang sind überwiegend Han-Chinesen, darunter viele Migranten aus anderen Teilen Chinas. Die Kathedrale

sei nicht beschädigt worden, einzelne Katholiken seien von den Ausschreitungen betroffen gewesen, meldete *UCAN* am 8. Juli.

Reaktionen aus der islamischen Welt

Anders als nach den Unruhen in Tibet im März 2008 sah sich China diesmal nicht nur mit Reaktionen westlicher Regierungen (etwa der Erklärung des Rats der EU vom 9. Juli), sondern mit Warnungen aus der islamischen Welt konfrontiert. Angesichts mannigfaltiger wirtschaftlicher und strategischer Verflechtungen mit China hielten sich viele Regierungen muslimischer Länder jedoch zurück (was ihnen z.T. Kritik von der eigenen Bevölkerung einbrachte). Offenbar ging man in vielen muslimischen Ländern davon aus, dass die Todesopfer des 5. Juli überwiegend Uiguren gewesen seien.

Besonders besorgt zeigte sich die Türkei, da – wie Präsident Abdullah Gül am 10. Juli sagte – „wir als ihre Verwandten das Recht haben, eine Beendigung dieser Vorfälle zu erwarten“. Die türkische Haltung basierte also vor allem auf der ethnischen und kulturellen Verwandtschaft mit dem Turkvolk der Uiguren. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan erklärte am gleichen Tag, bei den Vorfällen handle es sich um „Völkermord“. Es falle schwer zu verstehen, warum die chinesische Regierung einfach zusehe. Das türkische Außenministerium bestellte den chinesischen Botschafter ein, der türkische Außenminister telefonierte mit seinem chinesischen Amtskollegen und über 100 türkische Parlamentarier traten aus Protest aus der Türkisch-chinesischen interparlamentarischen Freundschaftsgruppe aus. Am 29. August jedoch sagte der türkische Außenhandelsminister Zafer Çağlayan bei einem Besuch in Beijing, die Vorfälle in Urumqi hätten die türkisch-chinesischen Beziehungen negativ beeinflusst, doch nun solle man sich auf den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen konzentrieren.

In Istanbul kam es nach dem 5. Juli – ebenso wie in München und Frankfurt – zu Demonstrationen von Exiluguren. Demonstrierende Uiguren griffen am 7. Juli in München eine Gruppe chinesischer Touristen an. Das chinesische Außenministerium gab am 11. Juli Warnungen für chinesische Reisende in München und am 1. August Sicherheitswarnungen für in der Türkei lebende Chinesen heraus. In der Türkei und in Deutschland (München) leben weltweit die größten Gruppen von Exiluguren.

„Einen freundlichen Ratschlag“ richtete Akbar Hashemi Rafsanjani, der Vorsitzende des iranischen Expertenrats, am 17. Juli in seiner Freitagspredigt an die chinesische Regierung, „die wir für eine weise Regierung halten“. Auf der Welt gebe es 1,6 Mrd. Muslime in rund 60 Ländern. Sie seien verbunden mit den Muslimen in China, „die heute Akte der Unterdrückung erfahren. China muss vorsichtig sein und seine eigenen Interessen und seine Beziehungen mit der islamischen Welt“ bedenken. Zuvor war allerdings in einigen iranischen Medien das Schweigen der iranischen

Regierungsvertreter „zum Massenmord und der Unterdrückung der Muslime“ in Xinjiang kritisiert worden.

Der Generalführer der Muslimbruderschaft in Ägypten, Muhammad Mahdi Akif, sprach Mitte Juli in seiner wöchentlichen Botschaft vom „hässlichen Rassismus“ und den Verbrechen gegen die uigurischen Muslime in China. Dazu zählte er u.a. das Verbot der Ausübung religiöser Rituale, die Verhaftung von Geistlichen sowie die Zerstörung der islamischen Identität Turkistans. Dies verlange nach „starken Handlungen von unserer Seite“. Er wies darauf hin, dass die islamischen Länder über viele wirtschaftliche und politische Druckmittel gegen China verfügten.

Auf Einladung der chinesischen Regierung besuchte im August eine Delegation der Organization of Islamic Conference (OIC) China, um sich über die Lage in Xinjiang und der Muslime in China allgemein zu informieren. Der in Saudi-Arabien ansässigen OIC gehören 57 islamische Länder in vier Kontinenten an. Wie die Delegation nach ihrer Rückkehr am 25. August meldete, traf sie Vertreter der chinesischen Regierung und der zentralen und lokalen Islamischen Vereinigungen. Beide Seiten hätten es als wichtig angesehen, die guten Beziehungen zwischen China und der islamischen Welt zu festigen. Die chinesische Seite habe die Unruhen dem durch die rasche wirtschaftliche Entwicklung der Region entstandenen Ungleichgewicht im Lebensstandard zugeschrieben. Die OIC-Delegation habe geäußert, dass das Problem nicht nur unter dem Sicherheitsaspekt gesehen werden sollte und dass die Muslime in Xinjiang zusätzlich zu den wirtschaftlichen noch anderen Problemen gegenüberstünden, z.B. Alters- und Geschlechtsbeschränkungen beim Moscheebesuch. Man überlege, in naher Zukunft gemeinsam ein Symposium über „China und die islamischen Zivilisationen“ zu veranstalten. China erwäge außerdem, seine Beziehungen zur OIC zu formalisieren.

Muslimische Staaten und Muslime hätten gegenüber den Gräueltaten in Ost-Turkistan mehrheitlich geschwiegen. Insbesondere in der arabischen Welt habe es kein Zeichen des Protests gegeben, beklagte um den 10. Juli auf Islam Online der in Palästina lebende Journalist Khalid Amayreh, der die Leiden der Uiguren mit denen der Palästinenser verglich.

Die islamische Welt schweige bisher zu den Leiden der Uiguren, weil sie sie für sehr pro-westliche, moderne und damit nicht echte Muslime halten, meinte Rebiya Kadeer. Dies habe die chinesische Propaganda erfolgreich vermittelt, die gleichzeitig gegenüber dem Westen die Uiguren als Terroristen hinstelle. „Unsere einzigen Freunde sind im Westen, die westlichen Demokratien unterstützen uns“, sagte sie am 6. Juli in Washington.

Chinas seinerseits betonte immer wieder sein Interesse an freundschaftlichen Beziehungen mit den islamischen Ländern. So sagte Präsident Hu Jintao am 14. August in Abu Dhabi, zwischen China und den islamischen Ländern herrsche seit langem Vertrauen und gegenseitiger Respekt.

– Unter den islamischen Ländern sind für China wichtige Energielieferanten und Absatzmärkte (vgl. *China heute* 2009, Nr. 1, S. 15-17), aber auch strategische Partner.

„Nicht religiös motiviert“

Auf der Suche nach den Ursachen für die Juli-Unruhen schreibt die Sinologin Gudrun Wacker in einer Studie für die Stiftung Wissenschaft und Politik, in Xinjiang gehe es wie in Tibet

wesentlich um Fragen der Diskriminierung und Marginalisierung. Stärker als in Tibet findet hier ein Zuzug statt, denn Xinjiang bietet außer Landwirtschaft auch Öl- und Gasvorkommen. ... Die bisherige Doppelstrategie der chinesischen Führung in Tibet und Xinjiang besteht darin, gegen (etwa religiöse) Aktivitäten jenseits des offiziell Erlaubten „hart durchzugreifen“ und gleichzeitig die Wirtschaftsentwicklung zu forcieren. Dabei hat der ökonomische Faktor nicht zu Stabilität und Zufriedenheit bei den Minderheiten geführt, sondern das Unruhepotential weiter verschärft – zum einen, weil dadurch immer mehr Han-Chinesen in die Autonomen Regionen gelockt werden, was den Druck auf Lebensweise, Kultur und Religion der endogenen Bevölkerung vergrößert; zum anderen, weil die Minderheiten nicht im selben Maße an den ökonomischen Chancen partizipieren.

Sie stellt folgende (amtliche chinesische) Zahlen einander gegenüber: Im Autonomen Gebiet Tibet (der traditionelle tibetische Kulturraum ist jedoch weit größer) machen Tibeter 94% der Bevölkerung aus, Han-Chinesen etwa 6%. In Xinjiang hingegen leben 45% Uiguren, 41% Han-Chinesen, 7% Kasachen und 5% Hui; dabei ist die Zahl der Han-Chinesen von unter 250.000 im Jahr 1946 auf heute 8 Mio. gestiegen. Während in Lhasa 81,6% Tibeter und 17% Han leben, sind es in Urumqi 75% Han und nur 13% Uiguren. Interessant ist auch noch der Hinweis, dass außerhalb der VR China 100.000 Tibeter und 500.000 bis 1 Mio. Uiguren leben.

„Nicht religiös motiviert“ urteilte etwa auch Till Fährders in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 10. Juli über die Unruhen in Xinjiang und beruft sich dabei auf Dru C. Gladney, Experte für Islam in China. Gladney zufolge macht sich in Zeiten des durch die weltweite Finanzkrise verursachten Abschwungs unter den Uiguren besonders stark das Gefühl breit, zu den Verlierern zu gehören. Seiner Einschätzung nach hatten die Proteste in Xinjiang vielleicht sogar nach weniger mit Religion zu tun als die Tibet-Proteste im März 2008. „Es gab keine islamischen Parolen, die Imame waren nicht beteiligt und die Moscheen waren keine Protestzentralen“, äußerte Gladney. Schon gar nicht habe es Aufrufe zu einem Heiligen Krieg gegeben. Auch habe es keine Rufe nach Unabhängigkeit in Urumqi gegeben, obwohl sich viele Uiguren mehr Autonomie für ihre Region wünschten.

Neben sozio-ökonomischer Marginalisierung sehen Beobachter aber insbesondere die behördlichen Restriktionen als Ursachen für das Konfliktpotential in Xinjiang. Zu diesen Restriktionen gehören etwa Beschränkungen des Gebrauchs der uigurischen Sprache und nicht zuletzt schwerwiegende Einschränkungen des religiösen Lebens. So dürfen in Xinjiang Minderjährige keine Moschee besuchen, Uiguren bekommen viel schwerer Pässe als andere Muslime in China (etwa für Pilgerfahrten nach Mekka, die allerdings generell von der chinesischen Regierung kontrolliert werden), es gibt Restriktionen im Ramadan (s.o.). Gegenüber den uigurischen Muslimen ist die chinesische Religionspolitik erheblich restriktiver als beispielsweise gegenüber den chinesischsprachigen Hui-Muslimen. Für die meisten Uiguren ist der Islam (ob sie persönlich religiös sind oder nicht) ein Teil ihrer ethnischen Identität, der sie von den Han abgrenzt. Die chinesische Regierung muss sich fragen, ob Repressionen gegenüber den Uiguren und ihrer Religion nicht geeignet sind, das zu fördern, was sie verhindern will, nämlich eine Politisierung des Islam in Xinjiang.

Katharina Wenzel-Teuber

Quellen (2009): AFP nach <http://english.aljazeera.net> 7.07.; *Anatolia news agency* 7.,10.,11.,12.07.; AP 7.07.; *China Daily* (online) 7.09.; *Christian Science Monitor* (online) 13.07.; *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 8.,10.,11.07.; 8.09.; *Ikhwanonline website* 18.07.; *Information Centre for Human Rights and Democracy* 8.09.; *Iranian Labour News Agency* 12.07.; *New York Times* 4.09.; *Peoples Daily online* 7.07.; *Sabah* 10.07.; *South China Morning Post* 27.06.; 8.,9.,11.,17.07.; 4.09.; *Spiegel online* 11.07.; *Today's Zaman* (online) 31.08.; *UCAN* 8.07.; *Voice of the Islamic Republic of Iran* 17.09.; *Xinhua* 7.,9.,10.,14.,17.,18.07.; 1.,5.,14.,22.08.; 3.,4.,5.,6.,13.09.; *Zeit online* 2009/29; http://en.wikipedia.org/wiki/July_2009_%C3%9Cr%C3%BCmqi_riots#cite_note-8; www.islamonline.net/servlet/Satellite?c=Article_C&cid=1246346172858&pagename=Zone-English-Muslim_Affairs%2FMAELayout; www.oic-oci.org 6.,8.07.; 25.08.; Gudrun Wacker, „Unruhen in China. Ethnische Konflikte und ihr sozialer Kontext“, *SWP-Aktuell* 39, Juli 2009. Zur Lage in Xinjiang vgl. auch *China heute* 2004, Nr. 6, S. 200f., 217-221; 2006, Nr. 1-2, S. 20-33; Nr. 6, S. 197; 2008, Nr. 3, S. 75f.; Nr. 4-5, S. 131-135.

Erste orthodoxe Kirchenweihe in China seit fünfzig Jahren

Am 30. August 2009 wurde in der Stadt Ergun (E'erguna 额尔古纳, früher Labdarin) in der Inneren Mongolei, Nordostchina, zum ersten Mal seit fünfzig Jahren eine orthodoxe Kirche geweiht. Der Weiheritus für die Kirche des hl. Innozenz von Irkutsk wurde von einem älteren chinesischen orthodoxen Priester aus Shanghai, Michael Wang Quansheng, durchgeführt. An der Zeremonie nahmen auch der Priester Dionisij Pozdnyaev aus Hongkong, Wang Yangming als Vertreterin des Religionsbüros sowie Gläubige aus Hailar, Harbin, Shanghai, Beijing und benachbarten Dörfern teil.

Die neugeweihte Kirche hat eine lange Geschichte. Das ehemalige Holzkirchlein von Ergun, das ebenfalls dem hl. Innozenz von Irkutsk geweiht war, wurde 1967 während der Kulturrevolution zerstört. 1990 wurde einer der ortho-

doxen Gläubigen, Genadiy Sun, Leiter der Abteilung für nationale Minderheiten und Religionen bei der örtlichen Regierung. Da die Regierung des Autonomen Gebiets Innere Mongolei im gleichen Jahr die Orthodoxie als eine der traditionellen Religionen des Gebiets anerkannte, konnte er nicht nur die Zustimmung für den Neubau der Kirche erhalten, sondern auch für ihre Finanzierung aus den Mitteln der lokalen Regierung, die für diesen Zweck 300.000 Yuan bereitstellte. Es war eine Art Wiedergutmachung für die Zerstörung auch der 17 anderen orthodoxen Kirchen des Autonomen Gebiets in der Zeit der Kulturrevolution. Aufgrund finanzieller Probleme zog sich die Bauzeit lange hin. Schließlich entstand in den Jahren 1990–1999 eine neue Steinkirche mit einer Fläche von 240 Quadratmetern. Am 14. Dezember 2000 wurde dann auch der Leiter der Gemeinde gewählt – Genadiy Sun.



Das alte Holzkirchlein (oben) und die neue Kirche von Ergun.

Im selben Jahr begann aber ein neues Problem mit der Innenausstattung der Kirche. Die sibirische Diözese Chita-Transbaikalien, die durch die Entscheidung der Heiligen Synode vom 27. Dezember 2000 für Ergun und das gesamte Gebiet der Inneren Mongolei zuständig ist, schenkte der neugebauten Kirche eine Ikonostase. Diese wurde aller-

dings an der Grenze vom Zoll gestoppt. In den nächsten acht Jahren blieb der Tempel leer, nur ein paarmal fand dort eine Andacht statt. Erst im Jahr 2008 wurde erlaubt, die Ikonostase in der Kirche aufzustellen. Die Kirche bekam auch liturgische Gefäße und Gewänder.

Die Kirchenweihe in Ergun weist auf eine Neubelebung der Kontakte des Moskauer Patriarchats mit der chinesischen Regierung hin. Die nicht einfachen Gespräche, die im Februar 2009 mit dem Treffen zwischen dem neugewählten Patriarchen und dem Direktor des chinesischen Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten (vgl. *China heute* 2009, Nr. 1, S. 15) begannen und in den letzten Monaten (u.a. am 28. Juli und 30. August) bei den Zusammenkünften von P. Pozdnyaev mit der Direktorin einer der Abteilungen des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten, Wang Yanming, fortgesetzt wurden, zeitigen die ersten Früchte. Bereits für den kommenden Oktober ist die nächste Weihe einer orthodoxen Kirche geplant – der neurenovierten Dormitio-Kirche auf dem Gebiet der Russischen Botschaft in Beijing (vgl. *China heute* 2008, Nr. 6, S. 249-250; 2009, Nr. 2, S. 80). Die Hoffnung ist also gerechtfertigt, dass in China bald auch wieder die ersten orthodoxen Priester geweiht werden dürfen.

Hoffnung besteht auch für einen besseren Dialog zwischen den orthodoxen und katholischen Christen der Region. Dieser Wunsch wurde kurz nach der Weihe der Kirche vom katholischen Bischof von Qiqihar, Josef Wei Jingyi, ausgesprochen, der den bisherigen Mangel an Kontakten zwischen den beiden Kirchen bedauerte.

Piotr Adamek

Quellen (2009): *Interfax* 31.8.; *UCAN* 11.09.; www.orthodox.cn 4.,12.07.; 30.08. (dort auch Foto der neuen Kirche).

Taiwan: Presbyterianische Kirchenleitung besucht Erzbischof Hong

Zur Förderung der Harmonie unter den Denominationen besuchten die Leiter der Presbyterianischen Kirche in Taiwan (PCT) am 8. Juni 2009 den katholischen Erzbischof und Steyler Missionar John Hong Shanchuan in seinem Amtssitz in Taibei. Insbesondere handelte es sich um den Generalsekretär der PCT, Andrew Chang, begleitet von den Vize-Generalsekretären Lyim Hong-tiong, Kho Sing-Doh, Sing 'Olam und anderen.

Im Hinblick auf die 150-Jahrfeier der katholischen Kirche in Taiwan, die mit einer großen Kundgebung zum Evangelium im Gymnasium in Linkou bei Taibei am 21. November 2009 stattfinden wird, ersuchte Erzbischof Hong die anwesenden Vertreter der presbyterianischen Kirche, bei der Vorbereitung dieses Anlasses als Berater Hilfe zu leisten. Er rechnet damit, dass sich dort von den ca. 20.000 erwarteten Teilnehmerinnen und Teilnehmern über 1.000 Personen der Kirche anschließen werden und darum eine entsprechende Betreuung notwendig sei. Nach dem Plan

des Erzbischofs ergehen auch Einladungen an Präsident Ma Yingjiu und führende Persönlichkeiten in den Philippinen, Indien, Hongkong sowie anderen Teilen der Welt. Er sieht darin vor allem eine gute Möglichkeit zur Verbreitung des Glaubens, weshalb die Gläubigen angehalten sind, ihren Freundeskreis mitzubringen.

Seinerseits regte der PCT-Moderator Leonard Lin eine Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche im Hinblick auf das jährlich stattfindende „National Prayer Meeting“ wie auch bei anderen Gelegenheiten zur Verwirklichung einer größeren ökumenischen Kooperation an. Während des Treffens kamen zudem das Verhältnis zwischen Rom und China, der durch die chinesische Regierung eingeschränkte Austausch zwischen den Kirchen auf beiden Seiten der Taiwanstraße sowie Übergriffe gegen die katholische Kirche in China zur Sprache.

Nach Ansicht von Vize-Generalsekretär Lyim Hong-tiong ist seit längerer Zeit das Verhältnis zwischen den fast 300.000 (2007: 299.158) Katholiken und 230.000 Presbyterianern auf Grund von verschiedenen gemeinsamen Aktivitäten als gut zu bezeichnen. Nicht zuletzt ist die monatliche gemeinsame Taizé-Meditation zu erwähnen. Die PCT wird in sechs Jahren ihr 150. Jahr in Taiwan sein und hofft, bis dahin zahlenmäßig mit der katholischen Kirche gleichzuziehen.

Willi Boehi

Ahnenverehrung via Internet in Taiwan

Online-Altäre, zentralisierte Verbrennung und geänderte Formate von Papiergeld verpassen traditionellen Riten eine neue Färbung.

Im Hinblick auf den Allerseelentag (Qingming-Fest) am 5. April 2009 empfahl das Amt für Umweltschutz der Bevölkerung, ihrer Verstorbenen online zu gedenken und digitale Blumen, Opfergaben und Räucherwerk auf dem virtuellen Altar darzubringen.

Die Wahl höherer Notenwerte beim Verbrennen von Papiergeld und kürzerer Räucherstäbchen liegt ebenfalls im „grünen Trend“. Die dicken Bündel des ehemals verwendeten Papiergeldes ließen in der Luft Schwebepartikel, Schwermetalle sowie Benzole und Methan zurück.

Als Alternative bietet das Umweltbüro des Kreises Taoyuan, 19 km südwestlich von Taipei gelegen, auf seiner Website einen „virtuellen Verehrungsdienst“ (*virtual worship*) an. Die Nutzer sind in der Wahl der Altargestaltung frei, der je nach Glaubensrichtung mit dem Namen des/der Verstorbenen, speziellen Opfergaben, einem christlichen Kreuz oder mit buddhistischen Sutras samt Hintergrundmusik ausgestattet wird. Wieweit allerdings die ältere, mehr an Traditionen hängende Generation gewillt ist einzusteigen, entbehrt einer konkreten Angabe.

Der beim Amt für Umweltschutz für die Luftqualität und die Lärmkontrolle zuständige Generaldirektor Yang

Qingxi schlug in diesem Zusammenhang auch als Neuerung vor, den sonst für Papiergeld ausgegebenen Betrag für wohltätige Zwecke zu verwenden und das Abbrennen von Feuerwerk durch Stereoton zu ersetzen. Er fügte hinzu, bei aller Verehrung zähle einzig das aufrichtige Herz: „Ich bin sicher, Götter und Vorfahren würden diese neuen Methoden des Gebets ebenfalls billigen.“

Die Professorin der Zhengzhi-Universität und Vorsitzende der Awakening Foundation Yang Wanying forderte „Gleichberechtigung“ für verheiratete Frauen, die gemäß geltendem Recht und Tradition nicht in der Lage sind, ih-

ren verstorbenen Eltern die gebührende Reverenz zu erweisen, und auch selbst nach dem Tode einen Ort des ewigen Friedens vermissen. Ähnlich problematisch ist es für ledige Töchter und geschiedene Frauen, da ihre Namen nach dem Tod auf keiner Ahnentafel festgehalten werden. Im Gegensatz zum geltenden (Un)recht lassen aber viele angestammte Taiwaner die verheirateten Töchter die Riten zu Allerseelen gegenüber ihren eigenen Vorfahren erfüllen. Zudem werden die älteren Frauen als Respektspersonen in den Familien Taiwans immer wichtiger.

Willi Boehi

Konferenzen

Vorsicht, vermintes Gelände!

Die Konferenz „Islam in China. Historical Bases and Modern Constellations“ in Wien

Aus Sicht der Sinologie im Institut für Ostasienwissenschaften der Universität Wien ist es immer ein Erfolg, wenn die Kooperation mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gelingt, an der es wohl das Zentrum Asienwissenschaften und Sozialanthropologie (www.zas.oeaw.ac.at/) gibt, aber keine Chinawissenschaften per se, und zwar Sinologen, aber, etwa den Organisator der Konferenz, Dr. Ralph Kauz, versteckt im Institut für Iranistik (www.oeaw.ac.at/iran/german/institut.html).

Die Zusammenarbeit deutet an, was die Konferenz „Islam in China. Historical Bases and Modern Constellations“ bot, die vom 11.-13. Juni 2009 in Wien stattfand: nämlich einen breiten Überblick über Personen, Orte, Herangehensweisen und Spezialgebiete in Ost und West. In knapp zwei Tage gepresst waren 24 Beiträge plus *keynote speech*. Selbstverständlich sind, wenn eine Konferenz zum Islam „in China“ stattfindet, die China-Fachleute, also die SinologInnen gefragt. Zu diesem Kreis zählt sich auch die Autorin dieses Kurzberichts, der sich deshalb – und in Ermangelung darüber hinausgehender islamwissenschaftlicher Fachkenntnisse – auf die aus sinologischer Sicht besonders augenfälligen Aspekte beschränkt. Umrissen wurden sie in der Begrüßung durch Susanne Weigelin-Schwiedrzik (Universität Wien, Sinologie), die angesichts aktueller Unruhen in Tibet und Xinjiang die dringende Notwendigkeit einer sinologischen China-Betrachtung „von den Rändern“ aus hervorhob. SinologInnen sollten nicht der Einheitsperspektive der chinesischen Mehrheitsbevölkerung gegenüber religiösen wie ethnischen Minderheiten verfallen und sich durch mit dem Schlagwort „Islam“ verbundene diffuse Ängste die Thematisierung nicht verbieten lassen.

Jedoch ist es, das wurde in der *keynote speech* von Dru Gladney deutlich, nicht einfach, den Inhalt von „Islam in China“ zu bestimmen, trotz offensichtlicher Bezüge zu chi-

nawissenschaftlichen Diskursen von Mehrheit und Minderheiten oder von Zentrum und Peripherien. Den Stand der Debatte machte die Konferenz ganz praktisch in der Unmöglichkeit deutlich, die acht Vortragsgruppen nicht bloß zu nummerieren, sondern die Beiträge in irgendeiner Form thematisch zu sortieren.

Dru Gladney listete die grundlegenden Fragen auf, die auch die Konferenz nicht beantworten konnte: Offensichtlich gibt es keinen asiatischen Islam. Gibt es wenigstens einen chinesischen oder vielmehr zig chinesische „Islame“? Ist „Islam in China“ eine ethnische Frage (*huizu*) oder eine religiöse (*huijiao*)? Wenn es sich um eine ethnische Kategorie handelt, wie ist dann mit der Multiplizierung der chinesischen Ethnien von Sun Yatsens fünf auf heute anerkannte 56 umzugehen? Wie können wir die globalen Bezüge des chinesischen Islam ignorieren, wenn in China geschätzte 18 Millionen (8,6 Millionen Hui, 8,4 Millionen Uiguren und 1,3 Millionen Kasachen) Muslime leben gegenüber 3 Millionen in den USA? Ist es legitim, wie in Wien mehrheitlich geschehen, „Islam in China“ auf den Nordwesten Chinas zu beschränken, wo doch mit Zheng He einer der berühmtesten chinesischen Muslime aus Yunnan stammte?

Gladney erinnerte an die Harvard-Konferenz von 1988, die er als Vorläufer der Wiener Veranstaltung versteht und die sich ähnlich schwer tat, einen Rahmen zu finden. Die Wiener Konferenz visiert eine baldige entsprechende Gegen-Veranstaltung in China an als Auftakt einer ganzen Konferenzserie und erhofft sich so die allmähliche Annäherung an alle Facetten des Themas. In Wien konnten sie nicht abgedeckt werden; eine Mehrzahl weiterer chinesischer SpezialistInnen konnte nicht berücksichtigt werden.

Zusätzlich zur inhaltlichen Breite versuchte die Wiener Konferenz den Brückenschlag zwischen chinesischer und westlicher (europäisch-amerikanischer) Forschung. Sicherlich war das insofern ein Erfolg, als dem Westen die Bandbreite chinesischer Forschung nachdrücklich vor Augen geführt wurde. Andererseits erscheint es dieser Autorin fraglich, ob ein Dialog überhaupt möglich und sinnvoll ist,

solange man sich darüber, als was Islam behandelt werden soll, sowie über grundsätzliche wissenschaftliche Methoden nicht verständigt hat. Verstärkt wurde eine gewisse Ost-West-Kluft durch die chinesischsprachige Präsentation eines Teils der chinesischen ReferentInnen und ihre vororganisierte Fragerunde (durch die chinesischen KollegInnen) für die „Diskussion“. Aus Ansicht der Autorin sollte der Plan einer zweisprachigen Publikation ausgewählter Beiträge entweder in englischer oder in chinesischer Sprache daher dringend neu reflektiert werden: Weder ist das Chinesische die (einzige) Muttersprache der chinesischen Islamforschung, noch ist das Englische die Muttersprache der französischen, deutschen, österreichischen, polnischen oder slowenischen ReferentInnen. Es erscheint gerecht, sich auf das Englische als gemeinsame Diskursprache zu einigen. In einer sprachlichen Verzettelung von Chinesisch und Englisch ist kein wissenschaftlicher Austausch möglich, geschweige ein sinnvoller Vergleich der Methoden.

Vor allem für das Nicht-Fachpublikum, zu dem sich auch die Verfasserin zählt, wird im Folgenden versucht, die Beiträge grob zu unterteilen. Aus sinologischer Sicht weniger interessant waren die Beiträge zu einzelnen islamischen Klassikern (u. a. Roberta Tontini zum *Tianfang Sanzijing*, Ma Juan zum *Jiaokuan jieyao*, Liu Yingsheng zum *Xiaoerjin* oder Yao Jide zum *Tianfangxing*). Wang-Riese Xiaobings Beschäftigung mit dem *Xinlingzhi* von Zhang Chengzhi (1991) als der Rezeptions-, Verbots- und Verbreitungsgeschichte neuester islamischer Literatur in China war durch den Bezug zur aktuellen Religionspolitik schon wieder züglicher.

Eine andere Gruppe von Beiträgen beschäftigte sich mit der Zersplitterung des Islam in China. Neben Unterschieden religiöser Inhalte (Ma Xiaopei und Shen Yiming zu verschiedenen Sufi-Strömungen) kamen verschiedene ausländische Einflüsse zur Sprache (u.a. Leila Chebbi-Chefif). Chinesische Muslime können in Ägypten, im Iran, in Pakistan oder in Saudi-Arabien studieren. Der Internet-Auftritt des chinesischen Islam ist häufig auslandsfinanziert. Während einige islamische Gruppen sich zunehmend auch außerhalb der Schulen sozial engagieren, praktizieren andere die Abgrenzung von der chinesischen Gesellschaft über Bart, Schleier und die demonstrative Nichteinhaltung chinesischer Feiertage.

Es gab Beiträge der Kunsthistorikerinnen Rahile Dawut über muslimische Schreine in Xinjiang und Barbara Stöcker-Parnian über die Steinstelen chinesischer Moscheen.

Jiang Zhen beschrieb die Blüte von „Islamstudien“ an chinesischen Universitäten als Regionalstudien mit explizit geographischer Ausrichtung (Erschließung arabischer Öllieferanten). Im Gegensatz dazu stellte Maja Veselic mit den Koranstudien an Lanzhouer Universitäten die religiöse Seite von Islamstudien (und ihre prekäre, außercurriculare Existenz) vor. Hier zeichnete sich möglicherweise ein Unterschied zwischen chinesischem und nichtchinesischem Zugang ab: das dezidierte Desinteresse der chinesischen

ReferentInnen an der religiösen Seite des Islam. Islam wird philologisch-sprachlich oder als pädagogische Methode oder architektonisch betrachtet, aber nicht religiös.

Wang Jianping schließlich zeigte die Sinisierung aller Ausprägungen von Islam in China: die architektonische im Bau neuer Typen von Moscheen einschließlich der weltweit einzigartigen chinesischen Frauenmoscheen (zur frauentypischen, vorislamisch-schamanistischen Pilgertradition von Musliminnen in China siehe auch Rahile Dawut), die pädagogische in einer neuerlichen Blüte islamischer Schulen und chinesischer wie fremdsprachlicher elektronischer Weiterbildungskurse. Arabischkenntnisse werden, während das Arabische Persisch als die islamische Sprache in China ersetzt (zum ehemals wichtigeren Persisch auch Elisabeth Allès und Ralph Kauz), neuerdings zur (beruflichen) Qualifikation. Wang zählt etwa 20 islamische Webseiten und knapp 70 islamische Zeitungen in China. Islam sei, beispielsweise über die berühmten Hui-Restaurants, kein regionales Phänomen mehr in China, sondern landesweit verbreitet. Mit Anti-Alkohol und Anti-Drogen- sowie Nothilfe-Kampagnen etablierte sich der chinesische Islam als wichtiger Sozialpartner der Regierung. Das bestätigte die Feldforschung von Maja Veselic zu freiwilligen Korankursen an Universitäten in Lanzhou, zu ehrenamtlichen Krankenhausbesuchen von Studierenden und islamischen Wochenend- und Urlaubs-Studienfahrten in Kleingruppen von drei Personen plus Gruppenleiter mit dem Ziel der gemeinsamen Glaubensstärkung. Seit etwa zehn Jahren gibt es an der Lanzhou-Universität ein Netzwerk von und für Hui-Studierende aus ganz China, in dem ältere Semester die Neulinge betreuen und zu den Korankursen einladen. Es gibt private islamische Bibliotheken und eine Vielzahl von Hui-Studien-Verbänden.

Wlodek Cieciora zeigte, dass die chinesischen Muslime von heute auf organisatorische und publizistische Erfahrungen aus der Zeit um 1910 zurückgreifen können. 1912 wurde der Chinesische Verband zur Förderung des Islam (*huijiao*) gegründet, es entstanden drei muslimische pädagogische Fachschulen, und bereits 1932 gab es Kontakte zur ägyptischen Al-Aksa-Moschee.

In der Diskussion kritisierten die chinesischen Teilnehmer jeden Versuch, den religiösen Islam um 1910 als Vorbild für heute zu etablieren. Tatsächlich lässt sich für die japanischen Einflüsse und Kontakte von damals heute keine Verwendung mehr erkennen.

Die Beiträge bleiben vor allem aufgrund einer ganzen Reihe noch nicht beantworteter, angedeuteter oder von den ReferentInnen gar nicht gestellter Fragen im Gedächtnis. Jede einzelne von ihnen würde eine eigene Konferenz lohnen:

- Wie genau lässt sich ein konfuzianisierter Islam definieren, und wie würde sich dieser in der Ming-Zeit von heute unterscheiden? (Zur chinesischen Mischung des Islam mit anderen Religionen siehe den Beitrag von Raphael Israeli, zu chinesischem Sufismus Ma Xiaopei.)

- Was genau sollten heute die Inhalte einer islamischen Bildung sein? Ist „islamische Bildung“ überhaupt ein tragfähiges Konzept? Gibt es eine chinesische islamische Bildung, und wie ist der ausländische Einfluss zu bewerten (der schon von Hu Dengzhou kritisiert wurde)?
- Gibt es überhaupt „den Islam“ in China, oder zerfällt er in zig Einzelschulen (*menhuan*), häufig gebunden an einzelne Moscheen und Imame? Ist die Zersplitterung von Religion vielleicht das typisch Chinesische, und wenn ja, lassen sich dann Parallelen zum Christentum in China heute aufzeigen? Welche Rolle spielt die Anbindung an Einzelpersonen/Imame/Heiler oder Wundertäter?
- Welche Rolle spielt für die Akkulturation einer Religion die Sprache? Befindet sich der chinesische Islam (Persisch, Arabisch) hier auf einer Stufe, die Buddhismus (Sanskrit) und Christentum (Latein) bereits hinter sich gebracht haben? Würde sich nicht daraus ergeben, dass der Staat keine „islamistische Bedrohung aus dem arabischen Raum“ fürchten muss?
- Für die Autorin von besonderem Interesse ist die Rolle islamischer Schriften im Recht (Roberta Tontini am Beispiel des *Tianfang sanzijing*), in der Regelung von Rechtsfällen und gegenüber dem aktuellen staatlichen Recht.

„Islam in China“ hat eine Unzahl beforschenswerter Detailfragen eröffnet und sich mit der Wiener Konferenz in Europa hoffentlich als weniger terrorismusangst-behaftetes akademisches Interesse etabliert.

Astrid Lipinsky

Symposium „The History of Christianity in Modern China“ in Beijing

Vom 15. bis zum 18. August 2009 fand in Beijing das Symposium „The History of Christianity in Modern China“ statt, ausgerichtet von der Verbiest-Stichting (Leuven) und dem Institut für Moderne Geschichte an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS). Der Schwerpunkt lag diesmal auf dem Chinamissionar Antoine Thomas (1644–1709). Ergänzt wurden die Vorträge durch den Besuch auf dem ehemaligen Jesuitenfriedhof von Zhalan (Shala), wo namhafte Jesuiten wie Matteo Ricci, Johannes Schreck (Terrentius), Johann Adam Schall von Bell, Ferdinand Verbiest, Kilian Stumpf und Ignaz Kögler begraben liegen. Besucht wurden auch einige der Grabsteine, die vom französischen Friedhof Zhengfusi übriggeblieben sind und sich jetzt auf dem Gelände des ehemaligen Tempels Wudasi befinden – darunter Grabsteine von Jesuiten wie Jean-François Gerbillon, Joachim Bouvet (zwei Mitglieder der Gruppe der „Mathématiciens du Roy“, die 1688 nach Peking kamen), Dominique Parrenin, Pierre-Martial Cibot und Jean-Joseph Amiot.

Folgende Vorträge wurden gehalten:

- Zhu Weizheng: Emperor Kangxi and the Christianity
 Ku Weiyong: From Accommodation to Confrontation – a Comparison of Evangelical Paradigms between the Late Ming and the Late Qing
 Tao Feiya: Chinese Medicine Used by Westeners: the Change of the Missionary Doctors' Views over the Traditional Chinese Medicine
 Patrick Taveirne: Re-reading the Apostolic Letter Maximum Illud
 Wang Meixiu: Ancestor Veneration/Worship: Two Options and Different Consequences
 Wu Yixiong: Rethinking on Nationalism and the Identity of Chinese Christians in the 1920s
 Gianni Criveller: The „Parable“ of Liturgical Inculturation in China from the 16th Century to the Present, with Particular Reference to the Memoir by Antoine Thomas (1695): „De necessitate sacerdotum sinensium et dispensationis pro sacrificio in lingua sinica“
 Paul Rule: The Correspondence of Antoine Thomas: a Major Source for the History of the Jesuits in China and for the Reign of Kangxi
 Vincent Hermans: Truth Finding Regarding the Murder of Msgr. Schraven and his Associates. Zhending, October 9, 1937: Reasons for the Murder
 Wiel Bellemakers: Truth Finding Regarding the Murder of Msgr. Schraven and his Associates. Zhending, October 9, 1937: Who Were the Assassins
 Zhang Xiping: Probing into the Relations between Michel Boym and South Ming Court
 Jean-Paul Wiest: Marian Devotion and the Development of a Chinese Christian Art during the Last 150 Years
 Hannah Pan Fongjuan: God, Sinner and Saintly Governance: François Noël and *Renzui zhizhong*
 Philip Vanhaelemeersch: State Religion in the Constitution of the Chinese Republic and the Catholic Response
 Davor Antonucci: Jesuits' Contribution to the Knowledge of Tartary: a Research Project
 Noel Golvers: Circulation of Western Books between Europe and the Jesuit Mission in China: Outline of the History of the Xitang/Nantang Library in Peking
 Dirk Van Overmeire: The Embedding of a Scientific into a Religious Mission: the Interaction of CICM China Missionaries with Geographical Societies (1878–1939)
 W.F. Vande Walle: Western Missionaries' Contributions to Chinese Linguistics in the Seventeenth Century
 Wang Li: The Image Conversion of China Christianity Y.W.C.A.
 Chen Fang-chung: On the Fu-an Religious Case in 1746
 Duan Qi: The Response of the Religion Non-science from the Chinese Christian to Non-Christian Movement
 Zhao Xiaoyang: An Examination of the Relationship between Robert Morrison and Joshua Marshman's Translations of the Bible and Jean Basset's Translation
 Jeroom J. Heyndrickx: Louis J.M. Schram, CICM, Missionary and Ethnologist

Chen Tsung-ming: Apostolic Delegate Celso Costantini vs. French Protectorate in China: Diplomatic Conflict between France and Holy See on the Issue of the Sino-Vatican's „Concordat“ at the End of the 1920s
 Zhou Zhenhuan: Qi Qi Tu Shuo and on Seven Wonders of the World under People of Qing Dynasty Perspective
 Yang Tianhong: The National Committee of Church of Christ in China in Sichuan and Xikang Minority Regions
 Hu Weiqing: A Brief Review on Chinese Christian Association (1902–1915)

Zhou Donghua: William H. Murray and the Origin of the Against Illiteracy Education for Blind in Modern China
 Liu Jian-ping: The Communist Party's Policy on Christianity around Founding of the People's Republic of China
 Claudia von Collani: Between Mission, Martyrdom and Mathematics: Antoine Thomas and Japan

Ein biographischer Beitrag über P. Antoine Thomas SJ, dessen Todestag sich am 28. Juli 2009 zum 300. Mal jährte, folgt in der nächsten Nummer von *China heute*.

Claudia von Collani

In memoriam

Bischof Domingos Lam Ka-tseung (1928–2009)

Am 27. Juli 2009 verstarb im Alter von 81 Jahren an Magenkrebs der emeritierte Bischof von Macau, Domingos Lam Ka-tseung. Bischof Lam war der erste chinesische Bischof der 433 Jahre alten Diözese. Er führte die Diözese, die 1576 als erste katholische Diözese im Fernen Osten errichtet wurde, in der politischen Übergangsphase von portugiesischer zu chinesischer Herrschaft (Tag der Übergabe: 20. Dezember 1999).



Bischof Domingos Lam bei einem Deutschland-Besuch in den 1990er Jahren. Foto: Katharina Feith.

Bischof Lam wurde am 9. April 1928 in Hongkong geboren und zog im Alter von vier Jahren mit der Familie nach Macau. Er studierte am St. Josephs-Seminar und wurde 1953 zum Priester geweiht. Zunächst leitete er eine Pfarrei und unterrichtete an einer katholischen Schule sowie im Seminar. Von 1962–1973 arbeitete er in Singapur als Kaplan und Herausgeber einer englischsprachigen katholischen Monatszeitschrift. 1974 ernannte Msgr. Arquimínio

Rodrigues da Costa – der damalige Administrator der Diözese Macau – Priester Lam zu seinem Sekretär und Rektor des Seminars. Als Bischof da Costa 1976 Bischof von Macau wurde, bestimmte er Lam zu seinem Generalvikar. Dieser repräsentierte 1984 die Diözese Macau bei den Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der Gründung der VR China in Beijing. 1987 wurde Lam zum Bischof geweiht und fungierte bis zum Jahr darauf als Bischof-Koadjutor. Er erklärte damals, er wolle eine „Brücke zwischen China und der Weltkirche sein“. 1988 folgte er Bischof da Costa, der zugunsten von Domingos Lam abdankte, als 22. Bischof der Diözese Macau. Im gleichen Jahr wurde er zum Mitglied des Vorbereitungskomitees für das Grundgesetz der zukünftigen Sonderverwaltungszone Macau ernannt. Später wollte er allerdings kein Mitglied im Vorbereitungskomitee zur Übergabe Macaus an die VR China werden, wobei er die Teilnahme von Priester Lau Him-sang in der Kommission gleichzeitig unterstützte. Papst Johannes Paul II. nahm im Jahre 2003, als Bischof Lam 75 Jahre alt wurde, dessen Rücktrittsgesuch an. Auf dem Bischofssitz folgte ihm Bischof José Lai Hung-seng – geboren in Macau – als zweiter chinesischer Bischof.

Während seiner Jahre als Bischof von Macau setzte sich Domingos Lam dafür ein, dass die katholische Kirche in Macau aufgrund der vielen karitativen Dienste zu hohem Ansehen kam. 2003 erhielt er die Medaille des Goldenen Lotus, die zweithöchste Auszeichnung, die die Regierung der Sonderverwaltungszone Macau Bürgern für herausragende Verdienste für die Gesellschaft verleiht. Vor der Übergabe empfing Bischof Lam zudem vier Auszeichnungen von der portugiesischen Regierung, zuletzt wurde er 1999 für sein Engagement mit einer der letzten Tapferkeitsmedaillen geehrt, die im Territorium noch unter portugiesischer Herrschaft verliehen wurden.

Fr. Lau Him-sang, Pfarrer der Kathedrale, beschrieb den verstorbenen Bischof als „nicht nur chinesischer Herkunft, sondern auch von der portugiesischen Kultur und

westlicher Bildung beeinflusst; so konnte er als Brücke fungieren zwischen der Kirche und der chinesischen Gesellschaft“ in Macau und andernorts. Vor und nach der Übergabe 1999 habe sich Bischof Lam, der neben Kantonesisch auch fließend Mandarin und Portugiesisch sowie Englisch sprach, intensiv an zivilgesellschaftlichen Angelegenheiten beteiligt und so stark zu einem besseren Verständnis der katholischen Kirche seitens der chinesischen Gesellschaft in Macau beigetragen, fuhr Fr. Lau in einem Interview mit *UCAN* fort. Auch habe Bischof Lam als Brücke zur Kirche in China gewirkt und der Regierung in Beijing geholfen, ein größeres Verständnis von der Kirche zu gewinnen.

Unter der Führung von Bischof Lam hat sich die Diözese Macau u.a. um Flüchtlinge aus Osttimor und ArbeiterInnen von den Philippinen gekümmert. Auch wurde unter Migranten vom Festland evangelisiert. Bischof Lam war außerdem Mitbegründer des Macau Inter-University Institute. Zudem setzte er sich für die Fortbildung von Laien ein, da es in der Diözese seit 1992 einen Mangel an priesterlichen Berufungen gibt. U.a. wurden ein zweijähriger Katechistenkurs sowie Theologiekurse eingerichtet, in denen etwa 300 Katholiken ausgebildet wurden. Aufgrund der raschen Zunahme der Bevölkerung in Macau richtete Bischof Lam zusätzlich drei Filialgemeinden zu den ursprünglich sechs Pfarreien ein, um dadurch die pastorale Arbeit zu erleichtern, wie Bischof Lai erklärte. Die Diözese Macau zählt derzeit 22 Diözesanpriester und 40 Ordenspriester sowie ca. 20.000 Katholiken. Die Diözese unterhält zudem eine universitäre Einrichtung, 39 Schulen, 27 Sozialeinrichtungen und 21 andere Einrichtungen.

Das Requiem für Bischof Lam, dem Bischof Lai vorstand, fand am 31. Juli in der Kathedrale von Macau statt. Anschließend wurde der Bischof auf dem Friedhof St. Michael beigesetzt.

Das China-Zentrum hielt seit Anfang der 1990er Jahre engen Kontakt zu Bischof Lam. Da einer seiner Priester, der inzwischen leider jung verstorbene Fr. John Lau, in Sankt Augustin und Bonn studierte, kam er jährlich zu Besuch und lud bei diesen Gelegenheiten auch großzügig immer alle in Sankt Augustin studierenden chinesischen Theologen zu einem Abendessen ins China-Restaurant ein. Er folgten auch mehrere Besuche von Vertretern des China-Zentrums in Macau, zuletzt im November 2008. Wir haben Bischof Lam als energischen, zielstrebigem, weitsichtigen Menschen mit einem sehr eigenen, starken Charakter in Erinnerung, der immer sehr viel Wert auf die persönliche und Gastfreundschaft legte. Wir werden ihn bei unseren Besuchen in Macau vermissen. R.i.P.

Katharina Feith

Quellen: *UCAN* 28.07.2009; Roman Malek (Hrsg.), *Macau. Herkunft ist Zukunft*. Eine gemeinsame Veröffentlichung des China-Zentrums und des Instituts Monumenta Serica, Sankt Augustin – Nettetal 2000, hier die Kapitel „Macau: Chronologie mit besonderer Berücksichtigung der Missions- und Religionsgeschichte“ (S. 21-140) sowie „Bischöfe und Administratoren der Diözese Macau“ (S. 141-150).

Bischof Zhang Hanmin (1922–2009)

Am 19. Juli 2009 verstarb Bischof Damasus Zhang Hanmin von Jilin in Nordostchina. Der 87-Jährige starb in seiner Bischofsresidenz in Changchun, der Provinzhauptstadt von Jilin, im Schlaf – offensichtlich an einem Herzversagen.



Bischof
Zhang Hanmin
im Jahr 2002.
Foto: J. Bielefeld.

Bischof Zhang war sowohl von Rom wie auch von der chinesischen Regierung anerkannt. Er wurde am 15. Januar 1922 im Dorf Xiaobajiazi/Bajia (Landkreis Nong'an, Jilin) in eine katholische Familie geboren. Das Dorf gilt als die Wiege des Katholizismus in Jilin. Seine religiöse Erziehung empfing er im Elternhaus, und schon als Kind verspürte er die Berufung zum Priestertum. Er besuchte das Kleine Seminar in Jilin und trat später ins Priesterseminar in Beijing ein. Nachdem das Seminar aufgrund der politischen Unruhen Anfang der 1950er Jahre geschlossen wurde, arbeitete Zhang Hanmin ab 1953 als Sprachlehrer. Er konnte Latein, Französisch, Japanisch, Russisch und Englisch. 1983 kehrte er nach Jilin zurück und wurde erst im Alter von 61 Jahren zum Priester geweiht. Zunächst arbeitete er in verschiedenen Pfarreien, bevor er 1995 zum Diözesanadministrator und 1997 zum Bischof von Jilin gewählt wurde. Seine Bischofsweihe fand jedoch erst zwei Jahre später statt, nachdem er die päpstliche Erlaubnis zur Weihe erhalten hatte. Am 9. Mai 1999 wurde er von Bischof Jin Peixian von Shenyang in der Kathedrale St. Theresa in Changchun zum Bischof geweiht.

Bischof Zhang war Vorsitzender der Patriotischen Vereinigung der Provinz Jilin und Mitglied der offiziellen Bischofskonferenz. Zudem war er Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz auf Provinzebene.

Das Requiem für Bischof Zhang fand am 23. Juli in der Kathedrale in Changchun statt und wurde von Bischof Paul Pei Junmin von Shenyang geleitet. Der Leichnam wurde hinter der Kathedrale beigesetzt.

Bischof Zhang war ein zurückhaltender Mensch, der auch bei seinen Pastoralbesuchen in den Pfarreien keine aufwendigen Begrüßungsfeiern wünschte. Er war ein Mann des Gebetes, der dies auch seine Priester und Seminaristen lehrte. Er suchte in treuem Gehorsam zum Papst und der

katholischen Kirche zu leben, trotz aller Einschränkungen, die durch das politische Umfeld bedingt waren. Enge Beziehungen zur Universalkirche waren ihm ein Anliegen, und er hatte auch immer wieder kirchliche Persönlichkeiten aus dem Ausland in seiner Diözese zu Besuch. Engere Verbindung hielt er u.a. mit den Missionsbenediktinern in St. Ottilien. Eine Reihe von Priestern und Schwestern seiner Diözese haben auch im Ausland studiert.

Die Diözese Jilin zählt derzeit 60 Priester und ca. 70.000 Katholiken. Es gibt 17 Pfarreien und 47 Kirchen. 28 Priesteramtskandidaten studieren an Großen Seminaren, 14 Aspiranten besuchen das Kleine Seminar. Außerdem sind in der Diözese rund einhundert Ordensschwestern der Kongregation von der Heiligen Familie tätig. In Trägerschaft der Diözese befinden sich ein katholisches Krankenhaus, ein Altersheim mit 100 Plätzen und mehrere Kindergärten.

Das China-Zentrum hatte immer wieder die Möglichkeit zu persönlichem Kontakt zu Bischof Zhang. Möge er ruhen in Frieden.

Katharina Feith

Quellen (alle 2009): *Asianews* 25.07; *Fides* 19.07; *UCAN* 21.07.

Sr. Gonzaga Hu Xiaojuan (1965–2009)

Mit Erschütterung hat das China-Zentrum die Nachricht vom Tod von Sr. Gonzaga Hu aus der Diözese Jilin in Nordostchina aufgenommen. Sr. Gonzaga wurde am 28. Dezember letzten Jahres nach einem Arztbesuch in Tonghua – bei dem sie laut *UCAN* psychologische Hilfe suchte – als vermisst gemeldet und aufwendige Suchaktionen seitens ihrer Mitschwestern, Familienangehörigen und der Polizei blieben monatelang ohne Erfolg. Mitte Juli d.J. wurde schließlich ihr Leichnam in einem Vorort von Tonghua aufgefunden, wo sie zuletzt gesehen worden war. Wie es in den Presseberichten heißt, ist Sr. Gonzaga vermutlich erfroren.

Sr. Gonzaga wurde am 1. Januar 1965 in eine katholische Familie in Jilin geboren und trat 1988 der Kongregation von der Heiligen Familie bei. Am 22. August 2000 legte sie ihre ewigen Gelübde ab. Sr. Gonzaga kam im Juli 1994 zusammen mit einer Mitschwester, der späteren Generaloberin Theresa Qi, auf Einladung der Missionsbenediktinerin in St. Ottilien nach Deutschland. Es ging zunächst vor allem darum, Ordensleben in Deutschland kennenzulernen. Insgesamt blieb sie zweieinhalb Jahre, die sie bei den Missionsbenediktinerinnen in Tutzing, in St. Ottilien, mit Kursen in Sankt Augustin, Frankfurt und München verbrachte. Im Januar 1997 ging sie in die USA und erlangte dort einen Magisterabschluss in Pastoraltheologie. Ende April 2000 kehrte sie nach China zurück. In ihrem Orden fungierte sie als Novizenmeisterin, Vize-Generaloberin sowie Beraterin und war verantwortlich für die Fortbildung von Mitschwestern ihrer Kongregation. Auch war sie zuständig

für ein Altenheim für Schwestern und Priester. Vor ihrem Verschwinden leitete sie ein Exerzitenhaus am Hügel der Muttergottes von Lourdes, einer bekannten Pilgerstätte in Jilin.



Sr. Gonzaga Hu Xiaojuan während ihres Deutschlandaufenthalts im Jahr 1996. Foto: Archiv.

Sr. Gonzaga lag vor allem die Weiterbildung auch ihrer Mitschwestern am Herzen. Am 12. Dezember 2001 schreibt sie: „China öffnet sich mehr und mehr der Welt, die höchst technisch und intellektuell ist. ... Es ist offensichtlich geworden, dass wir auf die Notwendigkeit und das Bedürfnis nach Ausbildung antworten müssen. Wir als religiöse und apostolische Gemeinschaft müssen in diesem neuen China weitergebildet werden.“

Sr. Gonzaga verbrachte etwa ein Jahr in Sankt Augustin, wo sie theologische Kurse belegte. Wir haben Sr. Gonzaga als sehr lebendige, interessierte, offene Person kennengelernt. Von Dezember 2003 bis Januar 2004 hielt sie sich nochmals für sechs Wochen in Deutschland auf, u.a. um in der Bibliothek des Instituts Monumenta Serica Materialien für ihre Fortbildungskurse zu suchen. Im China-Zentrum hatten wir seit ihrem Verschwinden inständig gehofft, dass sie sich doch noch eines Tages bei ihrer Ordensgemeinschaft oder Familie melden würde. Dies war leider nicht der Fall – wir trauern aufrichtig um sie.

Am 20. Juli wurde Sr. Gonzaga unter Teilnahme von mehr als 200 Mitschwestern, Priestern und Laien auf dem Friedhof ihrer Ordensgemeinschaft beigesetzt. Einen Tag zuvor war auch der Diözesanbischof Zhang Hanmin (s. oben) gestorben. Am 17. Juli hatte die Jugendgruppe der Kathedralgemeinde in Changchun bereits eine Gebetsvigil im Gedenken an Sr. Gonzaga veranstaltet. – R.i.P.

Katharina Feith

Quellen: *UCAN* 20.07.2009; private Korrespondenz.

P. Istvan Jaschko SJ (1911–2009)

Nach einem erfüllten Leben für die Armen, Kranken und Behinderten entschlief am 17. März 2009 im Kreis Xinzhu (Taiwan) im hohen Alter von 97 Jahren der aus Ungarn stammende Jesuitenpater Istvan Jaschko (chin. Ye Yougen 叶由根). Doch das Andenken an den rührigen Gründer und Leiter mehrerer Kliniken und Behindertenheime im Verlauf von über 50 Jahren lebt auf der Insel nicht nur in unzähligen Nachrufen weiter.

Der 1911 im damals österreichisch-ungarischen Kosice in einer tief religiösen Familie mit neun Kindern geborene Jaschko wird bald nach seinem Eintritt in die Gesellschaft Jesu zusammen mit einer großen Gruppe Jesuiten und fünf Ordensfrauen nach China entsandt, wo er im Jahre 1941 zum Priester geweiht wird. Darauf unterrichtet er drei Jahre lang am Seminar von Daming Latein und theologische Fächer. Zu seinen Füßen sitzt auch der spätere Kardinal Paul Shan Guoxi SJ.

Infolge der Kriegswirren zwischen China und Japan erlebt Jaschko als Augenzeuge, wie viele Flüchtlinge und Kriegsoffer aus Mangel an medizinischer Versorgung sterben. Mit Hilfe des Roten Kreuzes gründet er im Jahre 1949 das erste über 100 Betten verfügende Spital in der Provinz Hebei. Während fast alle ausländischen Missionare und Kollegen unter dem Druck des kommunistischen Regimes China verlassen, ist der Ungar entschlossen, seiner Herde und dem Spital treu zu bleiben. Infolge einer Verleumdung durch den Vizedirektor des Spitals, ein Kind geschlagen zu haben, fällt der Unschuldige in die Hände der Justiz der Kommunistischen Partei Chinas, was zu drei Jahren Zwangsarbeit im Gefängnis führt. „Ich empfinde keine Traurigkeit“, blickt er später auf seine Gefangenschaft zurück. Im Jahre 1955 wird er ausgewiesen und erreicht über Hongkong die Insel Taiwan.

Auch hier bleibt Pater Jaschko seiner inneren Berufung treu, besonders für die Kranken und Benachteiligten da zu sein. So kommt es zur Errichtung des Spitals für die Armen unter den Bauern in Jiayi, Südtaiwan. Dann folgt die Eröffnung einer Schule für behinderte Kinder – nota bene in einem zerfallenen buddhistischen Tempel. Auch nach seiner Versetzung 1974 nach Xinzhu, Nordtaiwan, sind die Behinderten für ihn erste Priorität, was die Eröffnung des St. Joseph Special Education Center schon nach einem Jahr bezeugt. Dieses Zentrum beherbergt heute 160 Kinder und wird oft als Ursprung der Sonderpädagogik in Taiwan zitiert.

Noch im Alter von 72 Jahren beschließt P. Jaschko, das Hua Kuang Cognitive Development Center ins Leben zu rufen, in dem heute über 200 Bewohner leben. Mitarbeiter beschreiben den Ungarn als eher ernsten Mann, der erst im Umgang mit Kindern sein Lachen preisgab. Auch in seinen älteren Tagen zieht er das Zentrum mit den lauten Jugendlichen der Pflege in einem modernen Spitalzimmer vor. Seine letztwillige Verfügung wurde eingelöst: Sein Leich-

nam wurde der katholischen Furen-Universität zur medizinischen Forschung übergeben.

„Er hat eine ausgezeichnete Arbeit vollbracht, sein Dienst berührte das Leben vieler Menschen und brachte sie mit der Liebe Gottes in Verbindung“, lobte der Chargé d’Affaires der Apostolischen Nuntiatur in Taiwan, Msgr. Paul Fitzgerald Russell.

Willi Boehi

Ji Xianlin (1911–2009)

Hochbetagt starb am 11. Juli dieses Jahres der chinesische Sprachwissenschaftler, Indologe und Historiker Ji Xianlin 季羨林, der als einer der großen Gelehrten Chinas und „Meister der chinesischen Kultur“ (*guoxue dashi*) galt. Besondere Beziehungen verbanden ihn mit Deutschland und Indien.



Ji wurde am 6. August 1911 in einer Bauernfamilie im Kreis Qingping (heute Linqing), Provinz Shandong, geboren. Ein Studium an der Fakultät für westliche Literatur schloss er 1934 an der Qinghua-Universität in Beijing ab und erhielt aufgrund eines Abkommens seiner Alma mater mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) die Möglichkeit, 1935 als Stipendiat zum Studium nach Deutschland zu gehen. In Göttingen begann er zunächst, Griechisch zu studieren, schrieb sich dann aber zum Studium des Sanskrit bei dem bedeutenden Buddhologen und Indologen Ernst Waldschmidt ein und belegte als Nebenfächer Anglistik und Slawistik. 1940 reichte er seine Dissertation zu einem sprachwissenschaftlichen Thema ein (Die Konjugation des finiten Verbums in den Gāthās des Mahāvastu), die mit „sehr gut“ bewertet wurde. Die Kriegssituation in China verhinderte aber seine Rückkehr in die Heimat, er blieb bis 1945 in Göttingen, wo er als Lektor für Chinesisch am dortigen Sinologischen Seminar arbeitete. Seine Studienzeit in Deutschland hat er später in dem Buch *Liu De shinián* (Zehn Jahre in Deutschland; Beijing 1992) festgehalten.

In China wurde Ji Xianlin Professor und Dekan der Fakultät für östliche Sprachen und Literaturen an der Beijing-

Universität, später auch Vize-Rektor dort und seit 1980 Direktor des neu eingerichteten Instituts für Südasiens an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften. Er gilt als Begründer der modernen Indologie in China und gehört damit zu einer Generation von in Deutschland ausgebildeten chinesischen Akademikern, die ihr Fach in China entscheidend geprägt haben, wie der Germanist Feng Zhi (1905–1993) und der Philosoph und Heidegger-Schüler Xiong Wei (1911–1994).

Ji Xianlins spätere wissenschaftliche Forschung konzentrierte sich auf die Geschichte des Buddhismus und der chinesisch-indischen Kulturbeziehungen. Als polyglotter Gelehrter – er beherrschte neben Sanskrit, Pali, Vedisch und Tocharisch auch Deutsch, Englisch, Französisch und Russisch – leistete Ji auch Bedeutendes als Übersetzer. So übertrug er während der Jahre der Kulturrevolution (1966–1976) das monumentale altindische Nationalepos *Ramayana* (Ramas Lebenslauf) aus dem Sanskrit ins Chinesische. Dieses gewaltige Projekt, das er heimlich durchführte, war für ihn auch ein Akt des Widerstandes in einer Zeit, in der Intellektuelle in China verfolgt und wie Vieh eingesperrt wurden. Als einer der wenigen betroffenen Akademiker setzte er sich auch selbstkritisch mit den Traumata der Kulturrevolution in seinen Erinnerungen aus dem Kuhstall (*Niupeng zayi*, Beijing 1998) auseinander.

Ji Xianlin war ein produktiver Wissenschaftler. Eine Auswahl seiner Werke umfasst 24 Bände, darunter elf Monographien und über 200 wissenschaftliche Artikel.

Für seine Verdienste um die Erforschung der indischen Kultur erhielt er im Jahr 2008 eine der höchsten Auszeichnungen der indischen Regierung, den Padma Bushan-Preis.

Dem Tod von Ji Xianlin wurde in den chinesischen Medien höchste Aufmerksamkeit geschenkt. Tausende nahmen an einer Gedenkveranstaltung für ihn an der Beijing-Universität teil. Führende Politiker, unter ihnen Ministerpräsident Wen Jiabao, erwiesen dem aufgebahrten Leichnam die letzte Ehre. Ji Xianlin galt als die Verkörperung des idealen Gelehrten, der sich ein Leben lang bis ins hohe Alter seinen Forschungen verschrieb, dabei aber persönlich integer und bescheiden blieb und Ehrentitel wie „nationaler Schatz“ (*guobao*) entschieden zurückwies.

Barbara Hoster

Quellen: Thomas Harnisch, *Chinesische Studenten in Deutschland. Geschichte und Wirkung ihrer Studienaufenthalte in den Jahren von 1860 bis 1945*, Hamburg 1999; „Ji Xianlin, a gentle academic giant“ (www.chinaculture.org/library/2008-01/09/content_71811.htm); Timothy B. Weston, „A cultural symbol passes from the scene: Ji Xianlin, not Michael Jackson“ (<http://thechinabeat.blogspot.com/2009/07/cultural-symbol-passes-from-scene-ji.html>); www.guoxue.com/master/jixianlin/jixianlin.htm. Foto: www.china.youth.cn.

Kurz notiert / Chronik

Die **Diözese Beijing** hat im Juli d.J. ihren ersten 10-tägigen **Intensivkurs für Laienkatecheten** abgehalten. An dem Kurs nahmen 120 Laien aus 20 Pfarreien teil, die meisten von ihnen mit Erfahrung im Unterrichten von Katechumenen und dem Missionieren unter Nichtkatholiken. Ein Großteil waren Frauen mittleren Alters. Den Kurs leitete die Deutsche Helene Reichl, die in Taiwan lebt und dort seit Jahrzehnten entsprechende Kurse abhält. – Bischof Josef Li Shan erwähnte zum Auftakt des Kurses, dass in der Diözese jährlich 2.000 Erwachsenentaufen stattfinden und im Jahre 2010 sechs neue Kirchen in Beijing gebaut werden sollen (*UCAN* 6.08.2009).

Vor 20 Jahren, am 30. September 1989, wurde im Priesterseminar in Sheshan (Shanghai) **zum ersten Mal eine Messe in chinesischer Sprache** gefeiert; in der Folgezeit wurde die chinesischsprachige Messe auch in den Shanghaier Gemeinden eingeführt. Zwar hätten einige Priester in Hebei und Shanxi schon vor 1989 mit

Hilfe von Messbüchern aus Hongkong und Taiwan chinesische Messen gefeiert, allerdings ohne sich mit der Liturgiereform befassen zu haben, erklärte der damals als Dozent an festlandchinesischen Seminaren tätige Fr. Thomas Law, Vorsitzender der Liturgiekommision der Diözese Hongkong, jetzt gegenüber *UCAN*. – Das 2. Vatikanische Konzil (1962–1965) und seine Reformen konnten wegen der politischen Lage in China, insbesondere der Kulturrevolution (1966–1976), erst mit großer Verspätung von der chinesischen Kirche rezipiert werden (*UCAN* 6.07.2009).

Weihbischof John Baptist Zeng Jianci von Hualian, Angehöriger des Stammes der Puyuma in Taiwan, hat nach 35-jähriger Arbeit die **Vier Evangelien und die Apostelgeschichte** in seiner Stammessprache herausgegeben. Die **Puyuma-Sprache** kennt keine Schriftform. Bischof Zeng hat die Sprache entsprechend latinisiert. Die ersten 500 Exemplare der zweisprachigen Ausgabe – Mandarin-Chinesisch und Puyuma – erschien am 21. Juni. Der Erlös

soll für die Übersetzung weiterer biblischer Bücher verwendet werden. Bisher kannten die Puyuma nur eine „gesprochene Bibel“, d.h. jemand las aus der chinesischen Bibel vor und übersetzte in die Puyuma-Sprache. In Taiwan leben noch 10.000 Puyuma, die über acht Dörfer verteilt sind. Weihbischof Zeng hat auch ein Puyuma-Chinesisches Wörterbuch und ein Buch in chinesischer Sprache zu Mythen der Puyuma herausgegeben, das er derzeit in seine Muttersprache übersetzt (*UCAN* 16.07.2009).

Der **Untersekretär des Heiligen Stuhls für die Beziehungen mit den Staaten**, Msgr. Pietro Parolin, wurde zum Erzbischof und Nuntius für Venezuela ernannt. Dies gab der Vatikan am 17. August bekannt. In der Funktion als Untersekretär im Staatssekretariat, die er seit sieben Jahren innehatte, war Parolin auch intensiv an Gesprächen mit den Regierungen in Vietnam und der VR China beteiligt. Sein Nachfolger ist der 43-jährige Msgr. Ettore Balestrero, der als Vatikandiplomat in Korea, der Mongolei und den Niederlanden tätig war und sich

seit 2001 im Staatssekretariat des Vatikan v.a. mit europäischen Fragen befasste (UCAN 18.08.2009).

Fast **12.000 muslimische Pilger** aus der VR China nahmen im Dezember 2008 am Hadsch nach **Mekka** statt, der unter Leitung des Staatlichen Religionsbüros und der Chinesischen Islamischen Vereinigung zentral organisiert wurde (*Zhongguo musulin* 2009, Nr. 1). Damit hat sich der Trend steigender Pilgerzahlen fortgesetzt – im Jahr zuvor waren es 10.700 Pilger.

Die Zahl der **Pilger** aus von der Weltwirtschaftskrise besonders betroffenen Provinz Guangdong, die **Mao Zedongs Geburtsort Shaoshan** in Hunan besuchen, ist 2009 enorm gestiegen. 2008 besuchten 2 Mio. Pilger aus ganz China das „heilige Dorf“, berichtete *Xinhua* (3.09.2009). Dem örtlichen Parteisekretär Mao Yushi zufolge hoffen sie von Mao Stärke und Glück zu erlangen. Fast alle 450 Haushalte des Dorfes verdienen an dem Mao-Tourismus, u.a. durch den Verkauf von Mao-Souveniren.

Eine Gruppe **taiwanesischer Ureinwohner demonstrierte** am 11. August im **Yasukuni-Schrein** in Tokyo und forderte, dass die japanische Regierung die Namen ihrer Vorfahren aus dem Schrein entfernt, die im 2. Weltkrieg gezwungen wurden, in der japanischen Armee zu kämpfen. Die Demonstranten riefen „gib uns die Seelen unserer Vorfahren zurück“ und sangen ein Lied zur Verehrung der Ahnen. Der Yasukuni-Schrein ist den 2,5 Mio. Gefallenen der japanischen Armee im 2. Weltkrieg gewidmet. Über 28.000 davon waren aus Taiwan, das damals unter japanischer Kolonialherrschaft stand. Der Schrein ist umstritten, weil dort auch als Kriegsverbrecher Verurteilte geehrt werden (*Central News Agency website* 11.08.2009).

In China ist es für **Hochschulabsolventen** immer **schwieriger**, direkt im Anschluss an ihr Studium eine **adäquate Arbeit zu finden**. Dies liegt u.a. an der Wirtschaftskrise und den steigenden Zahlen von Absolventen. Von den 6,11 Mio. Hochschulabsolventen in diesem Jahr hatten Anfang Juli 32% noch keinen Job gefunden, obwohl die Regierung dies als eine ihrer Prioritäten ansieht. So sollen zukünftig mehr Trainingskurse angeboten und Darlehen für Neueinsteiger gewährt werden (*Xinhua* 7.07.2009).

Nach im Juni 2009 veröffentlichten Statistiken hat die **Zahl der Stadtbewohner**

in China Ende 2008 die 600 Mio.-Marke überschritten. 45,7% der Bewohner Chinas leben nach Angaben von Shan Jingjing von der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften demnach in den Städten. Anfang der 1980er Jahre lebten noch 80% auf dem Land. Die Zahl der Wanderarbeiter wird auf 130 Mio. geschätzt. Es gibt 118 Städte mit mehr als 1 Mio. Einwohnern und 39 mit mehr als 2 Mio. Mit der Abwanderung in die Städte gehen auch entsprechende Probleme einher, so vergrößert sich der Einkommensabstand zwischen Stadt und Land und die Arbeitslosigkeit nimmt zu (*Xinhua* 15.06.2009).

Die Zahl der **in Kanton (Guangzhou) lebenden Afrikaner** soll etwa 20.000 betragen. Die *Guangzhou Daily* ging 2007 jedoch bereits von bis zu 100.000 Afrikanern in der Stadt aus. Viele arbeiten als Händler, die chinesische Produkte in ihre Heimatländer verkaufen, andere arbeiten in Restaurants oder füllen Regale in Supermärkten. Es kommt immer wieder zu Spannungen vor allem unter Afrikanern, aber auch mit Einheimischen (*South China Morning Post* 17.07.2009).

Nach einem Bericht in *China Daily* stehen in China jährlich 13 Mio. **Abtreibungen** 20 Mio. Geburten gegenüber. Wissenschaftler gehen davon aus, dass die Zahl tatsächlich noch höher liegen könnte, da viele Abtreibungen in nichtregistrierten Kliniken durchgeführt würden. Die Zeitung bezeichnete die hohe Zahl an Abtreibungen als ein „Grund der Sorge“ und fügte hinzu, dass die meisten Frauen, die abtreiben, unverheiratet und zwischen 20 und 29 Jahre alt seien. Allerdings werden Abtreibungen – auch unter Zwang – oft durchgeführt, um das Bevölkerungswachstum zu reduzieren (*BBC News* 30.07.2009).

In **Shanghai**, der größten Stadt Chinas mit knapp 19 Mio. Einwohnern, haben die Behörden mit einer Kampagne begonnen, angesichts der rasanten Überalterung der Gesellschaft und einem befürchteten Mangel an Arbeitskräften Ehepaare, die beide Einzelkinder sind, **zu einem Zweitkind zu ermutigen**. Derzeit haben 97% der Familien nur ein Kind. Ausnahmen von der Ein-Kind-Politik dürfen zudem wiederverheiratete Elternteile machen, die bereits ein Kind aus erster Ehe haben, Ehepaare, bei denen beide einen Dokortitel besitzen (*sic!*) sowie behinderte Eltern, deren Arbeitsfähigkeit eingeschränkt ist. Auch gelten diese Ausnahmen seit langem auf dem Land, wenn das Erstgeborene ein Mädchen ist (*South China Morning Post* 24.07.2009; *Xinhua* 23.07.2009).

Die chinesischen Behörden haben den Plan zurückgezogen, die Vorinstallation der **Filtersoftware „Grüner Damm“** ab 1. Juli bei allen in China verkauften Computern verpflichtend vorzuschreiben (vgl. *China heute* 2009, Nr. 2, S. 86). Der Plan war bei internationalen Computerfirmen und chinesischen Internetnutzern auf Protest gestoßen. Am 30. Juni gab das Ministerium für Industrie und Informationstechnologie bekannt, dass sich die Einführung der Software verzögere, und am 13. August erklärte der zuständige Minister, die Installation der Software sei **freiwillig**. Sie werde aber in Schulen und Internetcafés eingesetzt. Ende Juni hatte China 338 Mio. Internetnutzer, davon hatten 93,5 Mio. Breitbandzugang (*Wall Street Journal* [online] 14.08.2009; *Xinhua* 26.07.2009).

2008 gab es in ganz China **mehr als 120.000 nicht genehmigte Gruppenproteste** – davon über die Hälfte in den Städten – mit über 12 Mio. Teilnehmern. Dies meldete die Hongkonger Zeitschrift *Cheng Ming* unter Berufung auf einen internen Bericht der Zentralen Kommission für umfassende Regelung der sozialen Sicherheit vom 2. Januar d.J. Die Intensität der Proteste wie auch die Zahl der Teilnehmenden stieg an. Regierungsstellen befürchten zunehmend, dass diese immer weniger zu kontrollieren sind. Insgesamt gab es bei den Protesten mehr als 1.800 Todesopfer. Nach offiziellen Dokumenten sind die Hauptursachen der Proteste und Petitionen u.a. Bürokratie und Korruption bei Partei- und Regierungsabteilungen, Verstöße gegen die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte, das Versagen bei der Reduzierung der Kluft zwischen Arm und Reich und einer schnelleren und angemessenen Behandlung sozialer Probleme und Anfragen von Bürgern, Fehler bei der Umsetzung von Reformen sowie zunehmender Ärger in allen Schichten der Bevölkerung über Privilegien und den Missbrauch dieser Privilegien bei Verwandten von führenden Partei- und Regierungsvertretern (*Cheng Ming* 1.02.2009).

Katharina Feith und
Katharina Wenzel-Teuber